

Politischer Erfolg trotz Repression

„Blockupy Frankfurt“ – ein Erfahrungsbericht

Die europäischen Aktionstage, die vom 16.-19.05. rund um das Frankfurter Bankenviertel stattfanden, waren überschattet von einer systematischen Kriminalisierung und Behinderung friedlicher Proteste: Pauschale Demonstrationsverbote, massenhafte und rechtswidrige Freiheitsberaubungen und die tagelange Abriegelung der Innenstadt durch eine hochgerüstete Polizeiarmee stehen für eine offene Aushebelung politischer Grundrechte. Dass dennoch über 25.000 Menschen zur Abschlusskundgebung erschienen, ist ein wichtiger Erfolg für die sozialen Bewegungen gegen die herrschende Krisenpolitik in Europa. Frankfurt könnte zum Ausgangspunkt für neue, spektren- und länderübergreifende Bündnisse und Mobilisierungen werden – gegen das von der Bundesregierung maßgeblich vorangetriebene Spardiktat der „Troika“ aus IMF, EZB und EU-Kommission und für eine demokratische und soziale Antwort auf die Krise.

Für alle, die in Frankfurt nicht dabei waren, im Folgenden ein kleiner „Frontbericht“ von Max Lill.

Ich habe Glück: Am Tag unmittelbar vor Beginn der Frankfurter Aktionstage ist ein Redaktionstreffen der *hlz* angesetzt. Statt direkt mit einem der Busse aus meiner Heimatstadt Berlin anzureisen, setzte ich mich, ermutigt durch das Schulterklopfen meiner Redaktions-Kolleg_innen, am Donnerstag früh in Hamburg in den Zug gen Süden. Ohne diesen Umweg hätte ich,

wie sich zeigen wird, nicht an den Protesten des ersten Tages teilnehmen können.

Schon per Handy werde ich vorgewarnt: Es sind nicht nur Busse aus Berlin aufgehalten worden. Direkt vor dem Hauptbahnhof fängt die Polizei zudem Menschen ab, die aussehen, als wollten sie demonstrieren. Sie werden allesamt eingekesselt und nur nach und nach in kleinen Grüppchen wieder freigelassen. Ich bin allein und daher unauffällig. Und so schlängele ich mich an zahllosen Polizeisperrn, die überall in der Innenstadt errichtet worden sind, vorbei zum Ort des Geschehens.

Der ist symbolträchtig: Auf dem Platz vor der Paulskirche, wo 1848 die bürgerliche Demokratie ausgerufen wurde, haben sich einige hundert Menschen versammelt, um ihr Demonstrationsrecht zu erstreiten. Sie rufen einen Slogan, den man auch aus Seattle und Genua kennt: „This is what democracy looks like!“



Justitia auf dem Frankfurter Römer

Es sind auffällig viele Ältere unter ihnen, aber auch zahlreiche Schüler_innen. Meine Freundin ist mit einem weiteren Mitstreiter aus meiner Bezugsgruppe bereits dort. Aber ich kann nicht zu ihnen stoßen. Auch sie sind von einem Großaufgebot der Polizei umstellt. Immer wieder wird versucht, die Demonstration aufzulösen. Die Menschen aber bilden Ketten und drängen die Polizei mit viel Entschlossenheit und ohne jede Gewalt zurück. Einige schwenken in der Luft über ihren Köpfen das Grundgesetz – es sind ganz kleine Exemplare.

Die Repression kommt nicht überraschend: Die Stadt hatte im Vorfeld in einem beispiellosen Akt alle Demonstrationen während der Aktionstage verboten. Nicht nur diejenigen Kundgebungen, die Ausgangspunkt für Blockaden hätten sein können, sondern schlichtweg alles. Selbst ein jährlich stattfindendes Gebet vor der Konzernzentrale der Deutschen Bank und eine Mahnwache für homosexuelle Opfer des Nationalsozialismus wurden untersagt. Auch das seit dem Herbst bestehende Camp der Occupy-Aktivist_innen vor der EZB wurde geräumt. Einzige Begründung für die Verbote: Eine vage Prognose der Ermittlungsbehörden, wonach 2.000 gewaltbereite Autonome anreisen könnten. Außerdem

die politische Einschätzung der Stadtregierung, wonach eine Sitzblockade rund um die EZB eine nicht hinnehmbare Störung der öffentlichen Ordnung darstelle.

Die Bildzeitung sekundierte mit einer Hetzkampagne: Angebliche Schlachtpläne der Chaoten aus Berlin und Hamburg habe man entdeckt, die Innenstadt werde über die Feiertage zum Kriegsgebiet, die Stadt sei in Angst. Dazu wurden Bilder von einer Demonstration linksradikaler Gruppen am 31. März gezeigt, die ebenfalls im Frankfurter Bankenviertel stattfand und zu der ca. 5.000 Menschen aus ganz Europa angeeist waren. Damals waren vor allem Schaufenster einiger Großbanken sowie einer Leiharbeitsfirma, einer Polizeiwache und diverser Luxusgeschäfte eingeworfen worden. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei und über vierhundert Festnahmen. Die Frankfurter Öffentlichkeit war überrumpelt von der massiven Präsenz des so genannten „schwarzen Blocks“. Die lokalen Medien zeichneten überwiegend das Zerrbild eines wild gewordenen Mobs, der Jagd auf Passanten und ungeschützte Polizisten gemacht habe.

Diese Fiktion wurde nun von der CDU geführten Stadtregierung und der Polizeiführung in absurder Weise auf Blockupy übertragen. Die Tatsache, dass das breit aufgestellte Bündnis seinen unmissverständlich friedlichen Aktionskonsens gebetsmühlenartig öffentlich wiederholte, spielte dabei offenbar keine Rolle. Trotz ein wenig Nörgelns des grünen Koalitionspartners und publizistischem Stirnrundeln in Teilen der liberalen Presse: Es blieb beim Verbot. Die Bestätigung der meisten Demonstrationsverbote durch die Verwaltungsgerichte, die sich – entgegen der in solchen Fällen sonst üblichen Praxis – einer kurzfristigen Entscheidung ver-



Räumung des Römerberg

weigerten, bildet den vielleicht verstörendsten Akt des Narrenspiels. Lediglich die Abschlusskundgebung am Samstag wurde doch noch erlaubt. Der Abschreckungseffekt aber blieb, auch wenn ihm von den Organisatoren ein entschiedenes „Jetzt erst recht!“ entgegengesetzt wurde.

Aber selbst die höchst fragwürdige Entscheidung der Gerichte gibt keine rechtliche Grundlage ab für das, was sich über Himmelfahrt in und um Frankfurt herum abspielte. Im Folgenden können nur einige der systematischen Rechtsverstöße genannt werden, wie sie u.a. vom Ermittlungsausschuss Frankfurt dokumentiert wurden.

Mindestens vier Busse, drei aus Berlin, einer aus Hamburg, werden noch auf der Autobahn gestoppt. Es folgen stundenlange Durchsuchungen, eine Erkennungsdienstliche Behandlung inklusive biometrischer Gesichtserkennung für die Datei. Eine komplette Reisebusbesatzung wird direkt zur Gefangenessammelstelle gefahren, eine andere wird den Tag über auf dem Marktplatz von Eschborn festgehalten und schließlich ebenfalls abgeführt, in Gefängnisse in Gießen und Wiesbaden. Viele der Gefangenen, unter ihnen zahlreiche Minderjährige,

werden weit abseits öffentlicher Verkehrsmittel und Infrastruktur ausgesetzt. Andere werden nach ihrer Freilassung von der Polizei unter Androhung erneuter Verhaftung an der Benutzung von Zügen und Bussen gehindert. Schließlich wird allen Businsassen ein pauschales Aufenthaltsverbot für die gesamte Frankfurter Innenstadt ausgesprochen, bei Zuwiderhandlung sofortige neuerliche Ingewahrsamnahme angedroht.

Solche Verbote waren, zusammen mit der Androhung ernsthafter Konsequenzen bei Zuwiderhandlung, schon einige Tage zuvor in über 400 Fällen an Menschen verschickt worden, die auf der Demonstration am 31. März zufällig in einem Polizeikessel gelandet waren. Viele sind deshalb gleich zu Hause geblieben. Ein Verwaltungsgericht hat diese Aufenthaltsverbote inzwischen zwar für rechtswidrig erklärt. Dennoch werden während der Aktionstage mehr als tausend weitere dieser Verbote erteilt. Einzige Begründung gegenüber den Busreisenden und der Presse: Die vermutete Absicht zur Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration, was in Deutschland lediglich eine Ordnungswidrigkeit darstellt, so ähnlich wie falsch



In diesem Kessel macht unser Autor gerade ein Schlächten

parken. In keinem einzigen der Busse wird etwas Verdächtiges gefunden: Keine Waffen, keine waffenähnlichen Gegenstände, nicht einmal faule Eier – einfach nichts.

Dennoch dürften die Schikanen im Vorfeld ihr Hauptziel erreicht haben: Die organisatorische Struktur der Proteste ist schon am Donnerstag faktisch zerschlagen. Denn ein Großteil der Planungen fand in Berlin statt. Viele Aktivist_innen mit zentralen Aufgaben, Ortskenntnissen und logistischer Infrastruktur sitzen in den festgehaltenen Bussen.

Auch der größte Teil meiner Bezugsgruppe erreicht erst am Abend ein Feld am Stadtrand. An Platzbesetzungen und Zeltlager in der Innenstadt ist nun nicht mehr zu denken. Die Stadt hatte sich bis zuletzt geweigert, überhaupt Zeltplätze oder andere Übernachtungsmöglichkeiten zu genehmigen. Auch das aus Heiligendamm und Gorleben bewährte „Fingersystem“, mit dem wir aus verschiedenen Richtungen zur EZB marschieren wollten und für das eine differenzierte arbeitsteilige Struktur entwickelt

worden war, liegt am Boden.

Was bleibt, ist Improvisation: Auf dem Römerplatz, direkt gegenüber der Paulskirche, sammelt sich am Donnerstagnachmittag eine zweite Menschenmenge. Zelte werden aufgebaut, eine erste Versammlung einberufen. Hier treffe ich eine Bekannte aus Berlin, die zufällig in Frankfurt ist und nun spontan mitdemonstriert. Sie sagt, sie verstehe das alles zwar nicht – die Politik der „Troika“, den „Europäische Stabilitätsmechanismus“ und den „Fiskalpakt“ –, aber sie habe doch das klare Gefühl, so könne es nicht weitergehen.

Über dem Gerechtigkeitsbrunnen in der Mitte des Platzes thront die Justitia mit ihrer Waage. Jemand hat ihr eine Vendetta-Maske und eine Augenbinde umgebunden. Ob sie damit wohl besser sieht, was zu ihren Füßen passiert?

Auch wir werden nach kurzer Zeit von mehreren Hundertschaften eingekreist. Nach einigen Aufforderungen, die Versammlung zu verlassen, erfolgt die Räumung: In einem Ring setzen wir uns um die Zelte

herum und haken uns unter. Die Polizei fährt ihr Drohpotential auf. Eine komplett schwarz gewandete Sondereinsatztruppe stürmt auf uns zu. Ihre Gesichter sind hinter Bankräubermasken verborgen. An ihren Gürteln hängt ein ganzes Waffenarsenal: Schlagstöcke, Pfefferspray, Pistolen, Kabelbinder, die als Fesseln dienen. Wir rufen ihnen eine Frage entgegen, die sie schon oft gehört haben: „Wir sind friedlich, was seid ihr?“ Die Antwort kommt prompt: Einer der Polizisten beugt sich über meinen Nebenmann und macht, ganz nüchtern, eine klare Ansage: „Ich trage dich hier nicht weg!“ Er kündigt damit einen so genannten „Schmerzgriff“ in der Halsregion an. Eine übliche Praxis bei Räumungen dieser Art. Ein anderer Polizist meint, mitten durch die Sitzreihen hindurch trampeln zu müssen, um jemanden am Kragen zu packen und aus der Menge zu zerren. Im letzten Moment ziehe ich mein Bein weg. Sein schwer gepanzerter Stiefel setzt mit großer Wucht genau dort auf, wo eben noch mein Fuß war.

Ich atme tief durch, spüre, wie mein Puls steigt. Ich kenne das alles, wir haben die möglichen Eskalationsstufen auch diesmal wieder durchgesprochen und überlegt, wie lange wir bereit und in der Lage sind, durchzuhalten. Diese Vorbereitung in den Bezugsgruppen, die während der Aktionen (eigentlich) immer zusammenbleiben sollen, die aufeinander aufpassen und oft Funktionen innerhalb größerer Aktionszusammenhänge übernehmen, ist ein hoch interessantes und für die Bewegung typisches Phänomen. Es stärkt ihren inneren Zusammenhalt, ermöglicht ihr Handeln als kollektives System und macht aus der politischen Praxis ein auch subjektiv intensives Erlebnis voll starker, aber reflektierter und sozial regulierter Emotionen. Man tauscht sich untereinander

möglichst genau über Erfahrungen und Ängste im Umgang mit Polizeigewalt aus: Was, wenn sie wieder Hunde oder Pferde einsetzen? Wie gehen wir mit Wasserwerfern um – oder gar mit Tränengas? Dahinter steht immer eine grundsätzlichere Frage: Welchen Preis sind wir für unsere Überzeugungen bereit zu zahlen?

Einige haben Klarsichtfolien dabei, die man sich über Gesicht und Augen ziehen kann, um sich gegen das Pfefferspray zu schützen – das ist allerdings verboten: „Passive Bewaffnung“. Unsere Körper sollen ungeschützt sein, damit die Arbeit der Polizei erleichtert wird. Diese methodisch durchrationalisierte und kühl berechnend ausgeführte Form der systematischen Gewaltausübung ist für mich auch an diesem Tag wieder, trotz aller Vorbereitung, nur schwer erträglich.

Um mich herum herrscht Geschrei, vieles davon hat allerdings demonstrativ-theatralischen Charakter: Zahlreiche Fernsehkameras und Fotografen dokumentieren das Geschehen. Sie sind der beste Schutz, den wir haben und zugleich ein wichtiger Grund, warum wir uns all dem aussetzen. Wir produzieren die Bilder, die es braucht, damit die Presse aufhorcht. Und damit sich Menschen zu Hause vor dem Fernseher einige einfache Fragen stellen: Wie steht es eigentlich um Demokratie und Bürgerrechte in diesem Land? Und: Was ist so wichtig, dass diese jungen Leute dafür bereit sind, sich das anzutun?

Ich bin wütend, habe aber auch Angst. Plötzlich kommt mir das alles so absurd vor. Wir werden diesen Platz sowieso nicht halten können, wir sind zu wenige. Über Handy weiß ich inzwischen von den massenhaften Freiheitsberaubungen und der pauschalen Erteilung von Aufenthaltsverboten, die für das gesamte Wochenende gelten sollen und alle weiteren Aktionen

erschweren. Eigentlich soll es morgen ja erst richtig losgehen. Ich entscheide daher abzubrechen – das ist es mir nicht wert. Vielleicht will ich aber auch einfach nur weg von hier, von diesem ganzen Irrsinn. Aus der Distanz betrachte ich das Schauspiel noch kurz, dann mache ich mich frustriert auf den Weg ins DGB-Haus, wo es Essen aus der „Volksküche“ gibt und meine Freundin auf mich wartet.

Der zweite Tag beginnt in aller Frühe und mit neuem Mut. Erstmals in die Innenstadt. Zufällig sind wir gerade am Hauptbahnhof, als sich dort innerhalb weniger Minuten, wie aus dem Nichts, ein Schwarm von einigen hundert Menschen sammelt. Da ist die Fahne, sie gibt die Richtung vor, es geht los. Mit schnellen Schritten laufen wir in Richtung des nördlichen Bankenviertels. Immer wieder legen wir kurze Sprints ein, um die hektischen Polizeieinheiten, die rechts und links auftauchen, abzuschütteln. Unsere „Antikapitalista“-Rufe hallen in den menschenleeren Straßenschluchten wieder. Über uns ragen die verspiegelten Glastürme mit ihren messerscharfen Kanten in den Himmel. Nach dem Regen der Nacht bricht jetzt die Sonne durch die Wolken und taucht alles in ein warmes Funkeln. Kleine Euphoriewellen

wogen durch die Menge. Auch das ist ein Grund, hier mitzumachen: Diese kurzen Momente der Freiheit, in denen das Gefühl entsteht, die herrschende Ordnung zu unterlaufen. Vielleicht ist das ja ein bisschen irrational, aber es tut verdammt gut.

Dann kündigt sich das Ende an. Rechts stürmen mehrere Einsatztrupps der Polizei an uns vorbei. Auch vor und hinter uns machen sie die Straße dicht. Wir bilden Ketten und brechen nach links aus. Für ein paar hundert Meter überlaufen wir sie, dann ist Schluss. Sie treiben einen Keil zwischen uns und bilden zwei Kessel.

Wir setzen uns auf den Boden und richten uns ein, zu bleiben. Die Polizei teilt irgendwann mit, dass wir in Gewahrsam genommen und in die Gefangenenammelstelle abtransportiert werden sollen. Einzeln tragen sie die Leute weg. Es dauert Stunden. Die Polizei gibt sich heute und an dieser Stelle freundlicher: Wir werden mit Dixie-Toiletten und Mineralwasser versorgt. Die grünen Kolosse stehen schweigend in der Sonne und schwitzen, während wir entspannt im Gras liegen, Arbeiterlieder singen und plaudern. Bei der Nachricht, einige hätten es bis vor die EZB geschafft und dort eine Sitzblockade gebildet, bricht Jubel aus. Journalisten führen durch die



Ein paar schaffen es bis zur EZB

Foto von Roarmag.org



Demonstration im Wanderkessel

Polizeiketten hindurch Interviews mit einem Attac-Aktivisten aus meiner Bezugsgruppe: „Sagen sie doch mal in drei Sätzen, warum sie hier sind.“ Kein ganz leichter Job!

Ich mache ein Schläfchen und lese in einer soziologischen Studie über die Wahrnehmungen der Krise bei Bankangestellten (ab Juni habe ich eine Uni-Stelle in einem Forschungsprojekt zu diesem Thema). Zwischendurch blicke ich nach oben und frage mich, ob sie uns aus den Tower heraus wohl beobachten und was sie dabei denken mögen. Neben mir behauptet irgendein Schlaumeier gegenüber einem der Polizisten, das hier sei ja im Prinzip wie in Syrien, wo man Proteste auch verbiete. Klar, Mann, denke ich, fehlen nur die Scharfschützen.

Wir gehören zu den letzten, die abgeführt werden. Der Polizist, der meine Personalien aufnimmt, ist auch aus Berlin. Ich weise auf das offensichtlich rechtswidrige Verhalten im Falle der Buskontrollen hin. Er nickt und signalisiert Befremden über die Strategie der Frankfurter Polizeiführung. Ihm täte das alles hier leid, er sei eben nur ausführendes Organ. Ich frage ihn nach

seinen Arbeitszeiten und er sagt, es gebe durch Ausnahmeregelungen praktisch keine verbindlichen Obergrenzen. Auch so sieht Sparpolitik aus.

Dann die frohe Botschaft: Wir werden laufengelassen, bekommen nur ein Aufenthaltsverbot. Die Gefangenensammelstellen sind voll, es fehlt sogar an genügend Polizeibussen, so dass nun auch Fahrzeuge der öffentlichen Verkehrsbetriebe eingesetzt werden, um die vielen hundert Gefangenen abzutransportieren. Später erfahre ich, dass auf den Präsidien wohl auch großer Unmut über die enormen Kosten und den bürokratischen Aufwand durch die vielen Ingewahrsamsnahmen entstanden ist.

Abends besuchen wir eine Veranstaltung mit Michael Hardt und David Graeber, zwei Star-Intellektuelle der Bewegung. Ich bin mal wieder befremdet: Philosophische Phrasen über „Schuld und Schulden in den letzten 5.000 Jahren“, das „Subjekt der Krise“ und eine krude Pauschkritik des Kredits als solchem. Viel Wortgeklingel, wenig Substanz, praktisch keine Analyse dessen, was aktuell in Europa und der Welt passiert – und das ist ja wahrlich einiges. Die Be-

wegung feiert sich selbst. Wir verlassen etwas desillusioniert den Saal und trinken draußen ein Bier. Es regnet wieder.

Die hessischen und überregionalen Nachrichten, die ich später einschalte, sind voll von Bildern und Berichten über Polizeiwillkür und friedliche, aber entschlossene Proteste, die dennoch stattfinden. Ein Punktsieg, denke ich mir – immerhin. Andererseits: Der Grund, warum wir hier sind, taucht nur noch am Rande auf. Und in Anbetracht dessen, wogegen wir antreten, sind wir nach wie vor verdammt wenige.

Am Samstagmittag, zur Abschlusskundgebung, sind wir auf einmal gar nicht mehr wenige. Die Menge ist unüberschaubar groß. Wir reihen uns ganz vorne ein. Es gibt den Plan, per Handy Kontakt zum Block der „Interventionistischen Linken“ (IL) zu halten. Wenn es Probleme mit der Polizei gibt, dann dort. In diesem Falle ist es wichtig, dass die Demospitze anhält, damit keine zu großen Lücken entstehen. Der Zug könnte dann leichter geteilt und einzelne Gruppen eingekesselt werden.

Es geht langsam voran. Die Sonne brennt. Da der Kontakt nach hinten nicht recht funktioniert, scheren wir nach einer Weile zu zweit aus und lassen den schier endlosen Zug an uns vorbei ziehen. Ein Samstagsspaziergang am Main, manchmal auch ein bisschen Polit-Karneval – so wirkt das im vorderen Teil der Demonstration. Anders im antikapitalistische IL-Block: Er wird buchstäblich eingequetscht von einem gewaltigen Polizeiaufgebot. Die Reihen sind hier dicht geschlossen. Treibende Rhythmen wummern aus den Lautsprechern. Hinter dem Wagen ist die Stimmung angespannt. Das ist kein bloßes Spalier mehr, die Polizei läuft in bis zu acht Reihen beiderseits der Demo und nimmt mehr als die Hälfte der engen Straße ein. Die Hitze ist brütend. Die Polizei

hat eine Armada aus Kameras aufgeföhren, drängt immer wieder mitten in die Demonstration hinein. Es kommt zu kleineren Rangeleien, zweimal kracht ein Feuerwerkskörper, einige Leute bekommen Pfefferspray und Schlagstöcke ab. Insgesamt herrscht aber bemerkenswerte Disziplin, selbst im Block der autonomen Antifa.

Nachdem wir unseren Lagebericht durchgegeben haben, kommt der Rest unserer Bezugsgruppe mit vielen anderen Aktivist_innen aus den vorderen Blöcken zu uns. Sie sollen keine nachträgliche Rechtfertigung für die Repression bekommen. Wenn es jetzt doch noch zu Auseinandersetzungen käme, wäre das wirklich ärgerlich. Wir bilden daher rechts und links Menschenketten, um einen Puffer zwischen Polizei und Antifa zu schaffen. Eine schweißtreibende Angelegenheit. Aber es klappt. Bis zum Ende bleibt es friedlich – zumindest von unserer Seite. Später lese ich ein Interview mit einer 17-jährigen ver.di-Aktivistin, die berichtet, sie sei abseits der Menge von Sondereinheiten der Polizei verprügelt worden. Und ein hessischer DGB-Sekretär berichtet, sie hätten nur durch intensive Verhandlungen eine Sturmung des DGB-Hauses verhindern können. Ich weiß nicht, ob das stimmt. Aber wirklich überraschen würde es mich nach allem nicht mehr.

Die Bilanz aus rechtsstaatlicher Perspektive ist verheerend. Bei der zufällig parallel stattfindenden Vorstellung des Grundrechte-Reports 2012 durch die frühere Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin betont Ulrich Engelfried von der Neuen Richtervereinigung zu Recht: „Das totale Versammlungsverbot bis vergangenen Samstag in Frankfurt ist ein Keulenschlag gegen das Versammlungsrecht“. Der Frankfurter Ermittlungsausschuss zählt insgesamt 1430 Ingewahrsamnahmen. Und nicht

eine Straftat, nicht eine einzige zerbrochene Scheibe.

Es macht schon sprachlos, wenn nun die, sonst als liberal geltende, Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) behauptet, der friedliche Verlauf der Blockupy-Proteste sei dem „besonnenen Einsatz“ der Polizei zu verdanken (FR vom 19.05.). Das Gegenteil ist richtig. Noch vor wenigen Jahren wäre eine solch konsequente Gewaltlosigkeit auf Seiten der Demonstrant_innen bei einer Massenveranstaltung wie dieser, mit mehreren tausend Linksradi-kalen und im Angesicht derartiger Repressionen und Provokationen durch die Polizei kaum vorstellbar gewesen. Es gibt nach den Erfolgen in Heiligendamm, Gorleben und Dresden ganz offensichtlich einen immer breiteren Konsens in den linken Bewegungen, dass offensive Formen des zivilen Ungehorsams, nicht aber Gewalt, die wirksamsten Mittel des politischen Kampfes auf der Straße sind.

Dieser wichtige Lernprozess wird von der medialen Öffentlichkeit bisher allerdings kaum wahrgenommen. Stattdessen fixiert sich die Berichterstattung

nach wie vor auf die Frage nach der linken Gewalt – selbst noch bei deren völliger Abwesenheit. Bleiben die feurigen Bilder aus, werden die Proteste zwar als „schön bunt“ gelobt, das Interesse ist aber ganz schnell wieder weg. Schon am folgenden Montag herrschte in den meisten überregionalen Zeitungen längst beredtes Schweigen. Inhaltliche Fragen spielten in der Berichterstattung sowieso praktisch keine Rolle. Ob den Journalist_innen die Botschaft klar ist, die sie den Bewegungen damit senden? Sie liefern erstklassige Argumente für jene, die sagen: „Seht ihr?! Wenn es nicht brennt, sieht sowieso keiner hin.“ Es bleibt bei uns, dennoch hinzusehen.

MAX LILL

Der Autor ist Redaktionsassistent der h/z und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt Universität Berlin. Er forscht dort zu Fragen der Geschlechterungleichheit und der Krisenwahrnehmung von Beschäftigten im Bankensektor. Seit 2001 war er in unterschiedlichen Spektren der globalisierungskritischen Bewegung, u.a. bei attac, politisch aktiv.



Politischer Karneval? Leider nicht...